

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 14/15-19) des Ausschusses „Soziales und Bildung“ des Beirates Neustadt am 05.04.2017

Ort: Mensa der Grundschule am Buntentorsteinweg, Buntentorsteinweg 245, 28201 Bremen

Beginn: 19.30 Uhr

Ende der Sitzung: 22.10 Uhr

Anwesend: Gunnar Christiansen (beratendes Mitglied), Tabea Feix, Ulrike Heuer, Claudia Kühne (b. M.), Anke Maurer, Rainer Müller, Johannes Osterkamp, Conny Rohbeck, Britta Schmidt (b. M.)

Fehlend: Sandra Koschel

Referentin: Fr. Köster-Gießmann (Senatorin für Kinder und Bildung, zu Top 2)

Weiter anwesend: Vertreter_innen der Eltern- und Lehrerschaft, der Presse sowie interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Rainer Müller (Ausschusssprecher)

Protokoll: Simon Ott-Oghide (Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Top 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Der Vertreter der Piraten beantragt die Aufnahme eines Haushaltsantrags seiner Fraktion auf die Tagesordnung (unter Top 3).

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Ergänzung genehmigt.

Top 2 – Unterbringung eines weiteren Klassenverbandes der Schule Buntentorsteinweg zum Schuljahresbeginn 2017/18 und

Perspektiven für die nächsten Jahre: Entwicklung der Kinder/Schülerzahlen im Einzugsbereich der Schule Buntentorsteinweg in den nächsten Jahren

Der Sprecher des Ausschusses weist eingangs darauf hin, dass die Mitglieder des FA erstmals auf der FA-Sitzung vom 02.03. von den Planungen für einen weiteren (vierten) Klassenverband an der GS Buntentorsteinweg, und dessen Verortung auf dem Gelände der Wilhelm-Kaisen-Oberschule erfahren hätten. Auf Grundlage der darauf erfolgten Rückmeldung an die Bildungsbehörde (SKB) sei der aktuelle Termin entstanden. Ziel des Fachausschusses sei es, die Stärken der GS Buntentorsteinweg (GS BuTo) und der Wilhelm-Kaisen-Schule (WKS) zu erhalten. Vor diesem Hintergrund wünsche er von der Behörde, ihren aktuellen Planungsstand offenzulegen.

Die Vertreterin der Bildungsbehörde erläutert, dass angesichts steigender Schülerzahlen im Einzugsgebiet (u.a. aufgrund von Neubaugebieten) zusätzliche Kapazitäten im (Grund-) Schulbereich benötigt würden, die Räumlichkeiten an der GS Buntentorsteinweg aber zu klein für einen weiteren Klassenverband seien. Schülerzahlprognosen würden zudem darauf hinweisen, dass eine Erweiterung nicht ausreiche, auch nicht übergangsweise für die Dauer eines Jahres. Diese Ausgangslage habe zu Überlegungen geführt, auf dem Gelände der WKS eine neue Grundschule zu errichten. Die GS BuTo habe wiederum darum gebeten, ihr Konzept nicht anzugreifen. Bei der Wahl des Geländes hätten verschiedene Faktoren eine Rolle gespielt, ein wesentlicher Teil davon sei der Plan, das Konzept der GS BuTo an den neuen Standort mitzunehmen. Drei verschiedene Modelle hätten zur Endauswahl gestanden, aus denen die Schulkonferenz die Wahl für die Dependancelösung getroffen habe, da die Schulneugründung wegen umfangreicher notwendiger Verfahrensschritte zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Diese Dependance solle die Grundlage für den neuen Grundschulstandort sein. Wie die bereits vor Ort befindliche KiTA sei zunächst eine Unterbringung in Mobilbauten geplant. Die Container würden schulgerecht auf- und ausgebaut werden, eine spätere Erweiterung sei bereits mitgedacht. Die Dependance werde so ausgestattet, dass das Konzept der GS BuTo dort umgesetzt werden könne. Die Idee, mit altersgemischten Zügen zu starten, sei aber wegen der Unterbringung der restlichen Schüler_innen am Standort Buntentorsteinweg schwierig umzusetzen.

Die Schulleiterin der GS BuTo berichtet, dass die Mobilbauten voraussichtlich noch nicht bis Schuljahresbeginn fertiggestellt seien, die WKS aber mit Räumen aushelfen könne. Auch in der Mensa könne den Erstklässlern ein abgetrennter Bereich zur Verfügung gestellt werden.

Der Schulleiter der Wilhelm-Kaisen-Schule betont den Willen zu einer gemeinsamen Lösung und lobt, dass der Bedarf für eine neue Grundschule bereits in der Schulstandortplanung des letzten Jahres erwähnt wurde.

Im Anschluss an die Vorstellung des geplanten Konzepts beantwortet die Vertreterin der Bildungsbehörde Fragen von Eltern und Lehrer_innen aus dem Publikum:

Frage	Antwort
Wie soll die logistische/ organisatorische Umsetzung des Nachmittagsangebots aussehen?	Da es sich um ein gebundenes Ganztagsschulangebot mit rhythmisiertem Stundenplan handelt, findet das Nachmittagsangebot ausschließlich am neuen Standort statt. AG-Anwahlen gebe es ab der 2. Jahrgangsstufe.
Wie soll die Umsetzung des Konzepts der GS BuTo mit spezialisierten Lehrkräften (aufgeteilt auf zwei Standorte) in einer Klassenstruktur von 2x11 Schülern funktionieren, bspw. hinsichtlich Kooperationen?	<p>Es gibt zunächst im kleinen Rahmen Möglichkeiten zur Kooperation, z.B. mit der Cirkusschule Jokes.</p> <p>Die Personalausstattung der GS BuTo entspricht grundsätzlich dem normalen Bremer Standard (22 Lehrerwochenstunden für erste Jahrgänge). Es gibt generell keine Sonderausstattung für spezielle Konzepte, lediglich einen kleinen Aufschlag für jahrgangsübergreifendes Lernen, was auch für die Dependance gelten wird. Für den Jahrgang 1 an der Dependance sind somit 22 Lehrerwochenstunden + o.g. Aufschlag gewährleistet.</p> <p>An der Dependance wird für jede Halbgruppe eine Person anwesend sein, wodurch für die Zeit des Übergangs eine über dem Bremer Standard liegende Versorgung entsteht.</p>
Wann erfahren die Eltern der kommenden ersten Jahrgänge, an welchem Standort ihre Kinder beschult werden?	Die Zuordnung der Schüler erfolgt ab Mai.
Nach welchen Kriterien werden die Kinder für den Mobilstandort ausgewählt?	<p>Über die Zusammensetzung wird in einem längeren Prozess in einer Steuergruppe unter Beteiligung von Elternvertretern und in Abstimmung mit den KiTas entschieden.</p> <p>Kriterien können u.a. die Entfernung vom Wohnort zum jew. Standort, Geschwisterkinder und die Schaffung eines ausgeglichenen Geschlechterverhältnisses sein.</p>

Nachdem aus dem Publikum kritisiert wird, es gebe am neuen Standort keinen für das jahrgangsübergreifende Lernen notwendigen Kontakt der dort eingeschulten Schüler_innen zu Dritt- und Viertklässlern, weist der Konrektor der GS BuTo darauf hin, dass dies für den ersten Jahrgang zwar stimme, für die Zukunft aber mit den nun eingerichteten Halbgruppen eine derartige Struktur am neuen GS-Standort vorbereitet werde.

Hinweise auf eine möglicherweise für GS-Kinder nicht sichere Ampel am Buntentorsteinweg Höhe Am Dammacker nehmen die Ausschussmitglieder zur weiteren Behandlung im Fachausschuss Bau, Umwelt und Verkehr auf.

Mehrere Eltern kritisieren mehrfach eindrücklich die Nachbarschaft zu den älteren Schüler_innen der WKS, die sie für ungünstig/ beängstigend für die Erstklässler halten. Die Schulleitungen von Grundschule und WKS weisen darauf hin, dass den Schüler_innen der Dependance abgetrennte Aufenthaltsbereiche mit eigenen Spielgeräten zur Verfügung stehen werden.

Kritik ruft auch der Umgang der SKB mit dem Beteiligungsverfahren hervor, mehrere Eltern sehen ihr Votum für eine übergangsweise Beschulung zusätzlicher Kinder in den Räumlichkeiten der GS BuTo (u.a. in der Mensa) übergangen. Die Vertreterin der Bildungsbehörde erläutert, die Räumlichkeiten der GS BuTo würden die

baulichen Standards für die Unterbringung weiterer Klassenverbände nicht erfüllen, eine Umsetzung vor Ort sei daher definitiv nicht möglich. Sie verweise im Übrigen auf die Zustimmung der Schulkonferenz als dem höchsten schulinternen Gremium.

Eine ehemalige Schulleiterin der GS BuTo weist auf in der Vergangenheit bereits häufiger aufgetretene Strukturänderungen (z.B. Start des Ganztagsangebots) hin, die ebenfalls mit Bedenken gestartet seien. Sie sieht die Schule angesichts der damals gesammelten Erfahrungen für gerüstet für die kommende Neuerung und begrüßt die von der SKB für den Übergang versprochene über den Standard gehobene Betreuungsrelation am neuen Standort. Im Elternvorschlag, die zusätzlichen Lerngruppen am Buntentorsteinweg unterzubringen, sieht sie eine Gefährdung des Schulkonzepts. Sie verweist auch darauf, dass neue Bremer Grundschulen normalerweise nicht im gebundenen Ganztagsbetrieb starten dürften, und sieht daher Vorteile für die Dependance/ die neue Grundschule.

SKB und GS BuTo werden vom Ausschuss Sprecher gebeten, die Dependance mit möglichst erfahrenen Lehrer_innen auszustatten, um einen guten Übergang zu gewährleisten. Er fordert zudem umgehend von Bildungsdeputation, Bürgerschaft und SKB eine möglichst schnelle Entscheidung für die Gründung der neuen Grundschule und die Schaffung haltbarer Übergangslösungen im Hinblick auf weiteres Wachstum am neuen Standort. Um Letzteres zu gewährleisten, wünscht er, schon jetzt den Betrieb einer mindestens einzügigen Schule zu gewährleisten, z.B. mittels Bereitstellung weiterer Mobilbauten. Er forderte, die Räumlichkeiten der benachbarten Allgemeinen Berufsschule und des Kathmanngebäudes auf Verwendungsmöglichkeiten hin zu prüfen.

Es sei ferner wünschenswert, den neuen Standort möglichst bald „Helene-Kaisen-Schule“ zu nennen, um ein sichtbares Startsignal zu geben.

Ausschussmitglieder und Eltern wünschen schließlich schriftliche Zusagen der Behörde hinsichtlich Ausstattung und Weiterentwicklung der Dependance (weiterer Ausbau der Räumlichkeiten).

Der Fachausschuss Sprecher kündigt an, die besprochenen Forderungen in einer der kommenden Fachausschuss- oder Beiratssitzungen in eine Beschlussformel zu bringen, und bittet die Schulgremien, ihm zu diesem Zweck zuzuarbeiten.

Aus dem Publikum wird abschließend gefragt, wie lange die Mobilbauten am designierten Standort stehen bleiben dürfen, und ob kursierende Gerüchte wahr seien, dass der Erdboden am Standort schadstoffbelastet und daher sanierungsbedürftig sei. Der Fachausschuss bittet das OA, diese Fragen an das zuständige Ressort zur Klärung weiterzuleiten.

Top 3 – Haushaltsantrag zur Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau der Schulhöfe und die Außenbereiche von öffentlichen Kindertageseinrichtungen in der Neustadt

Beschluss:

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf, die Schulhöfe und die Außenbereiche von öffentlichen Kindertageseinrichtungen in der Neustadt zu pädagogisch hochwertigen Lern- und Freizeitorten auszubauen bzw. umzugestalten. Dafür sind in die Haushaltsgesetze für 2018/19 ausreichende finanzielle Mittel einzustellen.

Begründung:

Der Beirat Neustadt begreift Schulhöfe und Außenbereiche von Kindertageseinrichtungen als für den Stadtteil wichtige Orte des (sozialen) Lernens. Sie ermöglichen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft sich auszutoben, zu spielen, zu interagieren und fördern den körperlichen und seelischen Ausgleich. Darüber hinaus sind sie kulturübergreifende Integrationsorte, die vor dem Hintergrund zunehmender Kinderzahlen in der Neustadt über den eigentlichen Schul- bzw. Kitabetrieb hinaus, allen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung stehen sollten. Gemessen an der Einwohnerzahl der Neustadt müssten eigentlich jetzt schon doppelt so viele Spielflächen ausgewiesen werden, als derzeit vorhanden sind.

Der Beirat Neustadt sieht es als Regelaufgabe der genannten Ressorts an, Kindern und Jugendlichen im Sinne der Ermöglichung von sozialer Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit den Zugang zu pädagogisch hochwertigen Spiel- und Freizeiteinrichtungen zu ermöglichen und diese bereitzustellen. Aus

Sicht des Beirats widerspricht es der Lern- und Lehrmittelfreiheit, dass Schulvereine und private Sponsoren zur Finanzierung dieser Aufgaben herangezogen werden. Die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit und gleichwertiger Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche darf nicht von der Kassenlage und Spendenwilligkeit privater Geldgeber abhängig sein, die sich je nach sozioökonomischem Hintergrund bestimmter Orts- und Stadtteile erheblich unterscheiden. Dies gilt ebenfalls für die begrenzten Globalmittel der Beiräte, die auf Grund unzureichend bereitgestellter Mittel der genannten Ressorts nicht als „Lückenfüller“ fungieren können.

Rainer Müller
Ausschusssprecher und Vorsitz

Simon Ott-Oghide
Protokoll